

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst**  
**am 22.02.2018**

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier

Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)

Herr Simon Lange

Herr Günter Möller

Herr Werner Thole - Vors. / RM

Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth

Herr Nesrettin Akay - Vors.

Frau Ursula Fecke

Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.

Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Entschuldigt fehlen:

CDU

Herr Klaus-Dieter Hoffmann

SPD

Frau Melanie Grbeva

Gäste

Frau Rosenträger                      Planungsbüro Tischmann/Schrooten                      (zu TOP 7)

Von der Verwaltung

Herr v. Neumann-Cosel	Bauamt	(zu TOP 6)
Frau Sißmann	Bauamt	(zu TOP 7)
Frau Loh	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Kühn	Amt für Verkehr	(zu TOP 8 und 9)
Frau Busch-Viet	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-	(zu TOP 10 und 11)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert habenFDP

Herr Jan Maik Schlifter

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

### **Zu Punkt 1**      **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst**

#### *a) Erhaltungssatzung Siedlung Am Alten Dreisch (Anregung gem. § 24 GO)*

Frau Sandra Cooper möchte im Namen der Bürgerinitiative Alter Dreisch e. V. eine Stellungnahme abgeben.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Tagesordnungspunkt 6 der heutigen Sitzung und kündigt an, die Sitzung dann für eine Einwohnerfragestunde zu dieser Angelegenheit zu unterbrechen.

#### *b) Fußläufige Öffnung des Fadenweges*

Frau Gerda Tiesler, Einwohnerin des Stadtbezirks Stieghorst, spricht sich für eine Öffnung des Fadenweges für Fußgänger zu den Einkaufsmärkten in Hillegossen aus. Sie wohne seit 60 Jahren am Löllmannshof, sei immer an dieser Stelle zu den Einkaufsmärkten gegangen und müsse jetzt einen großen Umweg in Kauf nehmen. Sie habe erneut Unterschriften gesammelt und verstehe nicht, dass das Tor nicht geöffnet werde. Sie habe einen Brief an Herrn Schäffer und Herrn Henrichsmeier gerichtet.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Problematik der Durchsetzung.

Herr Skarabis erläutert, dass ein einstimmiger Beschluss der Bezirksvertretung Stieghorst erfolgt sei, der sich für eine fußläufige Öffnung des Fadenweges ausspreche. Es gebe aber einen Vertrag zwischen Grundstückseigentümer und der Stadt Bielefeld, der regle, dass der Fadenweg für den Fußgängerverkehr geschlossen werde. Dieser Vertrag könne nur geändert werden, wenn beide Vertragsparteien zustimmen. Der Wunsch nach der Öffnung sei weitergegeben worden, aber der Eigentümer habe sich damit nicht einverstanden erklärt. Somit könne der Vertrag nicht geändert werden.

Frau Tiesler fragt nach, warum am 07.09.2017 von der Bezirksvertretung Stieghorst die Öffnung beschlossen worden sei und es wenige Tage später hieß, dass dies nicht möglich sei.

Herr Skarabis erklärt, dass auf den geäußerten Wunsch der Politik zur Öffnung des Fadenweges Gespräche der Verwaltung mit dem Grundstückseigentümer erfolgt seien, die leider ergebnislos blieben.

Herr Scheibler, Leiter des Rewe-Marktes in Hillegossen, fragt nach, ob es Sinn mache, dass der Rewe-Markt als Mieter direkt an den Vermieter herantrete. Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bestätigt, dass dies durchaus eine Chance biete.

Die Eheleute Brand, Einwohner des Stadtbezirks, drücken ihr Unverständnis darüber aus, dass der Eigentümer nunmehr „aus versicherungsrechtlichen Gründen“ einer Öffnung des Tores am Fadenweg nicht mehr zustimme, nachdem er dies zunächst sogar schriftlich in Aussicht gestellt habe.

Herr Skarabis erklärt, dass diese Frage nur der Eigentümer beantworten könne.

Herr Brand moniert, dass man sich nach seiner Auffassung mit faden-scheinigen Begründungen zufrieden gebe.

Herr Skarabis verweist erneut auf das geltende Vertragsrecht.

Herr Brand erläutert seine Ansicht, dass die Bezirksvertretung Stieghorst den Bebauungsplan korrigieren müsse, weil hier Fehler enthalten seien.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer erklärt, dass die Schließung der Pforte zum Fadenweg nicht im Bebauungsplan, sondern vertraglich geregelt sei.

Herr Skarabis ergänzt, dass der Bebauungsplan nur den Ausschluss des motorisierten Verkehrs regle.

#### c) *Kita Stettiner Straße*

Herr Jaroslav Czuba, Einwohner des Stadtbezirks, beschwert sich darüber, dass die Außenanlagen der Kita Stettiner Straße seit September letzten Jahres bis heute nicht fertig gestellt seien. Die ausführende Firma sei seiner Ansicht nach nicht kompetent und trotzdem beauftragt worden. Die Kinder könnten an der Kita nicht draußen spielen. Er fragt nach, was man tun könne, damit die Arbeiten zügig abgeschlossen werden.

Weiterhin bemängelt Herr Czuba die fehlende Beleuchtung an dem Fußweg von der Kita zur Glatzer Straße hin.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sagt die Weitergabe an die Verwaltung zu.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 1 \*

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 23.11.2017**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 23.11.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**I. Schriftliche Mitteilungen**

**3.1**              **Beleuchtung auf einem Fußweg zur Detmolder Straße in Hillegossen**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Antwortschreiben an Herrn Kallfelz auf seine Einwohnerfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 05.10.2017 bezgl. der Beleuchtung eines Fußweges zur Detmolder Straße in Hillegossen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.1 \*

-.-.-

**3.2**              **Querungshilfe an der Potsdamer Straße**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Antwortschreiben an Herrn Brunspurger auf seine Einwohnerfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 23.11.2017 bezgl. einer Querungshilfe an der Potsdamer Straße in Höhe der Firma Dürkopp Adler.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass die CDU-Fraktion nicht mit einem anderen Standort einverstanden sei, sondern die Querungshilfe an der gleichen Stelle wieder eingerichtet werden müsse. Nur weil in größeren Abständen Baumstämme an dieser Stelle transportiert werden müssten, sei keine Verschiebung zur rechtfertigen. Er bittet,

dies noch einmal mit der Verwaltung abzustimmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.2 \*

-.-.-

### 3.3

#### **Teilnahme der Stadt Bielefeld am Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Schreiben des Dezernates Soziales vom 29.11.2017 mit Informationen über die Teilnahme am o. a. Programm.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.3 \*

-.-.-

### 3.4

#### **Wohnungsmarktbericht der Stadt Bielefeld**

Das Bauamt der Stadt Bielefeld hat den Wohnungsmarktbericht 2017 erstellt.

Beigefügt ist ein Auszug für den Stadtbezirk Stieghorst.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass der Stadtbezirk Stieghorst den niedrigsten Wohnungsleerstand und den zweithöchsten Anteil der öffentlich geförderten Mietwohnungen im Stadtgebiet verzeichnete. Außerdem sei der Mietpreis der geringste aller Stadtteile. Herr Thole sieht einen der Gründe hierfür darin, dass verhältnismäßig viele soziale Wohnungsbauten in Stieghorst angeboten werden können.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) stellt fest, dass die Zahlen teilweise aus 2016 stammen. Er bezweifle, dass aktuell ein Wohnungsleerstand von 0,17 % bestehe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.4 \*

-.-.-

### 3.5

#### **Bezirkliche Mittel für das Haushaltsjahr 2018**

Am 08.11.2017 hat der Rat der Stadt Bielefeld den Haushalt 2018 verabschiedet. Nach der Veränderungsliste „Haushaltsplanaufstellung 2018 -Ergebnisplanung-“ (Nummern 335, 336 und 337) sind die Zuschüsse im Rahmen des bezirklichen Kulturprogrammes in Höhe von 1.931 EUR dem Stadtbezirk zugeordnet worden (bisher Kulturamt) sowie die Sondermittel Stieghorst von 8.685 EUR auf 12.950 EUR erhöht worden. Pa-

rallel ist der Ansatz Bezirksliches Grün Stieghorst um den entsprechenden Differenzbetrag in Höhe von 4.265 EUR reduziert worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.5 \*

-.-.-

### 3.6

#### **Bereisung 2017 - aktueller Sachstand Stieghorstschule (BV Stieghorst, 08.06.2017, TOP 15.7)**

Anlässlich der Bereisung am 22.05.2017 wurde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Hausmeisterwohnung der Stieghorstschule für Kleingruppen oder Zwecke der Schulsozialarbeit hergerichtet werden könne.

Nach aktueller Mitteilung des Amtes für Schule wäre die vollumfängliche Nutzbarmachung der alten Hausmeisterwohnung insbesondere wegen der Rettungswegsituation sehr aufwändig und würde im Ergebnis nur relativ kleinteilige Räumlichkeiten ergeben. In Abstimmung mit der Schulleitung könnten aber die zurzeit im Erdgeschoss gelagerten Lehr- und Lernmittel in der Hausmeisterwohnung untergebracht werden. Der im Erdgeschoss liegende Materialraum könne dann in drei kleinere Räume, u. a. für Besprechungen, unterteilt werden.

Zur Schaffung von zwei Gruppenräumen soll ein großer Klassenraum im Erdgeschoss geteilt werden.

Der bisher von der Schulsozialarbeiterin genutzte Klassenraum kann durch Herrichtung eines Raumes im 2. Obergeschoss als Büro freigezogen werden.

Insgesamt soll das Raumkonzept optimiert werden.

Das Amt für Schule hat den Immobilienservicebetrieb beauftragt entsprechende Planungen zu erstellen und die anfallenden Kosten zu schätzen.

Herr Lange (CDU-Fraktion) führt in diesem Zusammenhang aus, dass er eine Mitteilung zur Kindertageseinrichtung Butterkamp vermisste. Die Hochebenen seien schon seit Jahren gesperrt. Im Jugendhilfeausschuss sei auf eine Anfrage der CDU die Mitteilung erfolgt, dass eine Freigabe 2018 erfolge, wenn die Umbaumaßnahmen abgeschlossen seien.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) erwidert, dass die Öffnung der Hochebenen auch Thema bei der Bereisung im letzten Jahr gewesen sei und man dies dann an die Verwaltung weitergegeben habe. Sie sei erfreut darüber, dass diese Anregung so schnell aufgegriffen worden sei und umgesetzt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.6 \*

-.-.-

### 3.7 **Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2017/2018**

Die auszugsweise für den Stadtbezirk Stieghorst zusammengestellte Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2017/2018 ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt. Darüber hinaus gehende Daten können bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Herr Möller (CDU-Fraktion) merkt an, dass die Zahl der Schüler in der OGS an der Grundschule Hillegossen, die in der Übersicht mit 51 beziffert werde, nicht stimmen könne. Es befänden sich derzeit 125 Kinder im OGS-Bereich. Er bittet die genannte Zahl überprüfen zu lassen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.7 \*

-.-.-

### 3.8 **Einziehung einer Teilfläche der Insterburger Straße**

Das Amt für Verkehr informierte mit Schreiben vom 15.01.2018 über die beabsichtigte Einziehung einer Teilfläche der Insterburger Straße. Aufgrund des Ausfalls der Sitzung am 18.01.2018 wurde die Mitteilung den Mitgliedern der Bezirksvertretung am 23.01.2018 per Mail übersandt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.8 \*

-.-.-

### 3.9 **Sanierung bzw. Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Hofacker sowie im Fußweg vom Lipper Hellweg zum Hofacker**

Den Mitteilungen beigefügt sind zwei Schreiben vom Amt für Verkehr zur Sanierung bzw. Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Hofacker und in dem Fußweg zwischen Lipper Hellweg Höhe Haus Nummer 293 und der Straße Hofacker.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.9 \*

-.-.-

### 3.10 **Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Stieghorst 1973 bis 2017**

Die nach statistischen Bezirken differenzierte Übersicht über die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung wurde vom Presseamt/Statistikstelle zum 31.12.2017 fortgeschrieben.

Für den Stadtbezirk Stieghorst ist diese Statistik den Mitteilungen als

Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.10 \*

-.-.-

## **II. Mündliche Mitteilungen**

### **3.11 Sanierung der Straßenbeleuchtung in der Marienburger Straße und der Reichenberger Straße**

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilten Schreiben des Amtes für Verkehr zur Sanierung der Straßenbeleuchtung in der Marienburger Straße zwischen Stieghorster Straße und Reichenberger Straße sowie in der Reichenberger Straße zwischen Stieghorster Straße und Marienburger Straße. Er weist darauf hin, dass in beiden Fällen keine Anliegerbeiträge anfallen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.11 \*

-.-.-

### **3.12 Anschaffung und Aufbau einer Schaukel für den Spielplatz an der Grundschule Ubbedissen aus den „kleinen Grünmitteln“ 2017 (BV Stieghorst, 23.11.2017, TOP 10)**

Herr Skarabis verweist auf das vor der Sitzung verteilte Schreiben des Umweltbetriebs vom 13.02.2018. Auf dem Spielplatz an der Grundschule Ubbedissen müssten im Zuge des Aufbaus der neuen Schaukel teilweise Spielgeräte umgestellt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.12 \*

-.-.-

### **3.13 Amphibienschutzmaßnahmen 2018 im Stadtbezirk Stieghorst**

Herr Skarabis verweist auf das vor der Sitzung verteilte Schreiben des Umweltamtes vom 19.02.2018.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.13 \*

-.-.-

## 3.14

**Programm des Freizeitentrums Stieghorst**

Herr Skarabis verweist auf den vor der Sitzung verteilten Flyer, der das Programm des Freizeitentrums Stieghorst für das I. Quartal 2018 enthält.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 3.14 \*

-.-.-

**Zu Punkt 4****Anfragen****Zu Punkt 4.1****Verkehrsführung Oldentruper Straße****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 5982/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

*„An der Oldentruper Str. stadteinwärts (im Bereich Großmarkt) kommt es durch die Fahrspurreduzierung immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen. Wir bitten um Mitteilung, welche Maßnahmen getroffen werden können (z.B. Beschilderung) um die gefährlichen Verkehrssituationen zumindest zu mildern.“*

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Beantwortung der Anfrage und verweist auf einen früheren Antrag seiner Fraktion zu Verbesserungsmaßnahmen an der Oldentruper Straße. Die Planung habe die CDU-Fraktion seinerzeit nicht nachvollziehen können und nun werde diese wenigstens zum Teil angepasst.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schildert seinen Eindruck, dass nach Umgestaltung der Oldentruper Straße zwischen Otto-Brenner-Straße und Stralsunder Straße alle Verkehrsteilnehmer viel entspannter fahren. Der Autoverkehr habe sich schnell an die Änderung von zwei auf eine Fahrspur gewöhnt. Die Pfeile würden die neue Verkehrsführung noch einmal verdeutlichen.

Herr Thole entgegnet, dass bei einer klaren Situation keine weiteren Maßnahmen erforderlich geworden wären. Er moniert, dass es nur in Bielefeld vier Radwege an einer Hauptverkehrsstraße gebe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 4.1 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2 Planung zum Ausbau des Parkplatzes am Osningstadion**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6186/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke:

*„Für die Januarsitzung wurde uns ein Bericht über die Planung zum Ausbau des Parkplatzes am Osningstadion angekündigt. Wir haben einen entsprechenden Tagesordnungspunkt vermisst. Wann wird uns die Planung vorgestellt?“*

Herr Skarabis teilt mit, dass es eine Zwischennachricht gebe, wonach der Umweltbetrieb und der Immobilienservicebetrieb bezüglich der Planung noch in der Abstimmung seien. Eine Vorstellung der Planung solle in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 4.2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4.3 Erweiterung der Parkflächen der Sportanlagen Ubbedissen**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6187/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke:

*„In der Sitzung vom 02.03.2017 der BZV Stieghorst wurde die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Schritte für die Erweiterung der Parkflächen der Sportanlagen Ubbedissen einzuleiten.*

*Da der Bedarf an weiteren Parkplätzen weiterhin dringlich ist, bitten wir um Mitteilung, wann diese realisiert werden und wie der aktuelle Sachstand ist.“*

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Zusammenfassung zum Sachstand. Man hoffe auf eine kurzfristige Mitteilung, ob die Fläche zwischen Parkplatz und Sporthalle für eine Verwendung zum Beachvolleyball-Feld möglich sei oder nicht. Da diese Fläche bereits der Stadt Bielefeld gehöre, sei dies, wie seinerzeit abgestimmt, die erste Option für eine Prüfung zur Parkplatzerweiterung.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) bittet, falls diese Fläche nicht in Betracht komme, dringend um Prüfung der Grundstücke, die zunächst im Gespräch waren, vorzugsweise derjenigen, die sich in öffentlicher Hand befinden.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier weist darauf hin, dass die städtische Fläche am Alten Dorf nicht für Parkplätze ausreiche und er davon ausgehe, dass die anderen Grundstückseigentümer einbezogen werden müssten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 4.3 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 5      Anträge**

### **Zu Punkt 5.1      Ausbauplanung Oerlinghauser Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5979/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*„Die Verwaltung wird beauftragt in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung die Ausbauplanung der Oerlinghauser Str. mit einem detaillierten Ablaufplan der Baumaßnahme (Dauer der Arbeiten, Umleitungsstrecke etc.) vorzustellen.“*

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) begründet den Antrag. In der Vergangenheit seien mitunter Vorlagen mit großem Zeitdruck eingebracht worden. Es gebe einen einstimmigen Beschluss zur Vorstellung der Ausbauplanung der Oerlinghauser Straße und er habe die Befürchtung, dass diese womöglich erst kurz vor der Sommerpause eingebracht werde ohne dass dann noch Änderungswünsche berücksichtigt werden könnten. Er hoffe, dass der Antrag von den Mitgliedern der Bezirksvertretung gemeinsam angenommen werde.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) signalisiert für seine Fraktion Zustimmung.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung die Ausbauplanung der Oerlinghauser Str. mit einem detaillierten Ablaufplan der Baumaßnahme (Dauer der Arbeiten, Umlei-**

tungsstrecke etc.) vorzustellen.

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 5.1\*

---

## **Zu Punkt 5.2 Fahrrad-Icons auf Stralsunder/ Schweriner/ Wismarer/ Greifswalder Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6182/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke:

*„Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt:*

*Auf der Stralsunder, der Schweriner, der Wismarer und dem südlichen Teil der Greifswalder Straße werden Fahrrad-Icons angebracht um zu verdeutlichen, dass Radverkehr auf der Fahrbahn stattfindet. Der Bürgersteig in südlicher Richtung auf der Stralsunder Str. bleibt für Radverkehr nutzbar.“*

Herr Mayregger (SPD-Fraktion) begründet den Antrag damit, dass verschiedene Anfragen von Bürgerinnen und Bürger deutlich gemacht haben, dass es wenig bekannt sei, dass man mit dem Fahrrad auf der Straße fahren dürfe. Das Aufbringen von Piktogrammen mache darauf aufmerksam und entzerre die Situation für Fußgänger und Radfahrer. Der Mischverkehr sei zudem eine vernünftige Lösung.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass seine Fraktion dem Antrag grundsätzlich nicht negativ gegenüber stehen würde, schlägt aber zunächst folgenden Änderungsantrag vor:

*„Die Verwaltung soll in der nächsten Sitzung berichten, welche Vor- und Nachteile diese Piktogramme haben.“*

Herr Mayregger berichtet, darüber habe man sich im Vorfeld des Antrages erkundigt, aber dieser Änderungsvorschlag könne mitgetragen werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über den Antrag in geänderter Form abstimmen.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung soll in der nächsten Sitzung berichten, welche Vor- und Nachteile Fahrrad-Piktogramme haben.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 5.2\*

---

**Zu Punkt 6**

**Antrag auf Erlass einer Erhaltungssatzung für die Siedlung Am Alten Dreisch -Anregung gem. § 24 GO- (aktueller Sachstand)**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn von Neumann-Cosel (Bauamt) zur Berichterstattung zum Sachstand.

Herr von Neumann-Cosel zitiert zunächst den in der Novembersitzung gefassten Beschluss der Bezirksvertretung Stieghorst. Er verweist auf sein aufgrund der ausgefallenen Januarsitzung an die Mitglieder der Bezirksvertretung verteiltes Manuskript und die Berichterstattung in der örtlichen Presse.

Zusammenfassend berichtet er, dass die Vertreterin der Eigentümerin IWG die Einladung von Herrn Bezirksbürgermeister Schäffer zu einem Gespräch im Bezirksamt mit der Begründung abgelehnt habe, dass man aktuell noch nicht gesprächsfähig sei. Für das II. Quartal sei der Beginn von Sanierungsmaßnahmen geplant; dann könne man konkrete Planungen übermitteln.

Mit dieser Situation müsse man umgehen, da ein Gespräch natürlich nicht erzwungen werden könne.

Nach Auffassung des Bauamtes solle natürlich weiter nachgefasst werden und so früh wie möglich das Gespräch gesucht werden. Da man sich hier überwiegend im privatrechtlichen Bereich bewege, sei der Handlungsspielraum für Politik und Verwaltung relativ klein. Er schlage vor, mit dem Erlass einer Erhaltungssatzung abzuwarten. Dies könne bei Bedarf kurzfristig erfolgen.

Herr Hölscher (Die Linke) fragt nach, ob Herr von Neumann-Cosel tatsächlich, wie in einem Presseartikel berichtet, die Aussage getroffen habe, dass eine Erhaltungssatzung nicht mehr erforderlich sei. Er stellt fest, dass diese Entscheidung in der Politik falle. Dass der Eigentümer nicht gesprächsbereit sei, mache misstrauisch. Telefonische Zusicherungen halte er nicht für ausreichend.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) zeigt sich über das übermittelte Skript irritiert und kritisiert ebenfalls die von Herrn Hölscher erwähnte Aussage. Es seien „Missstände der übelsten Art“ aufgezeigt worden. Wohnungsleerstände könne er nicht gutheißen. Man müsse über eine Erhaltungssatzung sprechen; dass der Eigentümer einen Termin in Aussicht stelle, reiche nicht aus.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bekräftigt, dass seine Fraktion

weiterhin hinter der Bürgerinitiative stehe. Von einer Entscheidung für eine Erhaltungssatzung sei zunächst in der Hoffnung auf ein Gespräch Abstand genommen worden. Er bittet um Auskunft, welche Vor- und Nachteile eine Erhaltungssatzung konkret habe bzw. ob durch eine solche Satzung Sanierungsmaßnahmen erschwert würden.

Herr von Neumann-Cosel stellt fest, dass ihm in dem Presseartikel „Zitate in den Mund gelegt“ worden seien. Natürlich treffe die Entscheidung die Politik und nicht die Verwaltung. Ein Vorschlag des Bauamtes zum Verfahren sei noch kein Beschluss. Das angeregte Gespräch sei von der Vertreterin des Eigentümers auch ihm gegenüber abgesagt worden. Er habe auf eine höhere Dialogbereitschaft bei einer Einladung durch den Bezirksbürgermeister gehofft.

Mit einer Erhaltungssatzung werde ein Schutzinstrument vor Abriss der Gebäude geschaffen. Es seien aber keine Sanierungsgebote möglich; dies unterstehe dem Privatrecht. Baugebote seien laut Baugesetzbuch grundsätzlich möglich, z. B. bei brachliegenden Grundstücken. Davon werde aber in der Praxis kaum Gebrauch gemacht. Eine Erhaltungssatzung könne keine Sanierungen erzwingen. Andere öffentlich-rechtliche Instrumente zu einer Durchsetzung solcher Maßnahmen seien ihm nicht bekannt.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass in der Sitzung am 23.11.2017 bereits alles ausgeführt wurde. Die Bezirksvertretung habe einen einstimmigen Beschluss gefasst. Nach seiner Auffassung solle ein Gespräch mit der IWG stattfinden und zwar innerhalb kürzester Zeit, gegebenenfalls initiiert von Herrn Moss oder Herrn Oberbürgermeister Clausen. Er erwarte von der Verwaltung, dass etwas passiere.

Herr Mayregger (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass das Baugesetzbuch neben dem zitierten Baugebot auch das Instrument eines Modernisierungs- und Instandsetzungsgebotes vorsehe. Er schlägt vor, dies als weitere Möglichkeit zu prüfen.

Herr Hölscher verweist auf den Wortlaut des Grundgesetzes. Eigentum verpflichte auch. Er hinterfragt, ob denn eine Erhaltungssatzung hinderlich sei, falls tatsächlich Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden. Vielleicht sei ein Erlass einer solchen Satzung auch ein Signal an den Eigentümer, doch zu einem Gespräch, ggf. von einer höheren Ebene initiiert, zu kommen.

*- Um 18.06 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -*

Frau Cooper, Vorsitzende der Bürgerinitiative Alter Dreisch e. V., drückt ihre Enttäuschung über den allgemeinen Eindruck aus, dass die IWG doch gar nicht so schlimm sei und dass es zurzeit keine groben Mängel in der Siedlung gebe. Sie könne dazu nur sagen, dass sie eine sehr lange Liste dazu liefern könne. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssten immer nur zurückstecken und erführen Schimpfwörter und Androhungen von Kündigungen. Sie verweist darauf, dass die IWG an anderen Orten ähnlich agiere.

Herr von Neumann-Cosel schildert die Schwierigkeit der Wahrheitsfindung, wenn Aussage gegen Aussage stehe. Er könne die von Frau

Cooper geäußerte Enttäuschung aber nachempfinden.

Eine Erhaltungssatzung könne die Siedlung schützen, wenn ein Abriss geplant sei. Dies sei aber in den mit der Vertreterin des Eigentümers geführten Telefonaten nie angekündigt worden. Er halte es für bedauerlich, dass das vorgeschlagene Gespräch nicht zustande gekommen sei. Ob eine Einladung von höherer Ebene wirkungsvoller sei, wäre ein Versuch wert.

Weitere Bewohner und Bewohnerinnen der Siedlung melden sich zu Wort und äußern ihren Unmut über das Verhalten der IWG.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist erneut darauf, dass es sich hier zum Teil um privatrechtlichen, mietrechtlichen Bereich handle. Er stellt fest, dass die Bezirksvertretung auf der Seite der Bürgerinitiative stehe.

*- Um 18.16 Uhr schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde zur Fortsetzung der öffentlichen Sitzung. -*

Herr Mayregger verweist nochmals auf seine Frage zu der Möglichkeit eines Modernisierungs- und Instandsetzungsgebotes, insbesondere vor dem Hintergrund der von den Mieterinnen und Mietern geschilderten bestehenden Mängeln.

Herr von Neumann-Cosel entgegnet, dass ein solches Gebot „Neuland“ für die Stadt Bielefeld sei und er diese Möglichkeit heute nicht abschließend beurteilen könne.

Herr Mayregger bekräftigt dass der bestehende Zustand nicht nur gesichert, sondern verbessert werden solle, und schlägt vor, dass Herr von Neumann-Cosel in der nächsten Sitzung zu diesem Instrument berichten solle.

Dagegen regt sich kein Widerspruch.

Herr Akay fragt nochmals nach Vor- und Nachteilen einer Erhaltungssatzung.

Herr von Neumann-Cosel verweist auf die Sitzung vom 23.11.2017, in der er diese bereits erläutert habe. Sofern es dazu noch konkrete Fragen gebe, stehe er zur Verfügung.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) fragt nach, ob in der kommenden Sitzung auch Informationen zu Gesprächsbemühungen mit dem Eigentümer auf höherer Ebene gegeben werden.

Dies bestätigt Herr von Neumann-Cosel.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 6 \*

Zu Punkt 7

**2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 "Greifswalder Straße" für das Gebiet nördlich und westlich der Greifswalder Straße und südlich der Bahntrasse im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB**  
**- Stadtbezirk Stieghorst-**

**- Beschluss über Stellungnahmen**  
**- Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6128/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zur Berichterstattung Frau Loh (Bauamt) und Frau Rosenträger (Planungsbüro Tischmann/Schrooten).

Frau Loh erläutert zunächst das Bebauungsplanverfahren. Sie weist auf die Besonderheit der im Laufe des Verfahrens beschlossenen Veränderungssperre hin, die mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes als Satzung aufgehoben werde.

Frau Rosenträger erläutert die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens. Es haben sich aufgrund von Einwendungen der Verwaltung und Trägern öffentlicher Belange kleinere Änderungen sowie ebensolche redaktioneller Art ergeben. Alle eingearbeiteten Änderungen seien einvernehmlich erfolgt.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) signalisiert Zustimmung und bringt seine Hoffnung auf einen schnellen Baubeginn zum Ausdruck.

Herr Lasche (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass von ursprünglich 90 geplanten Wohneinheiten jetzt 280 geworden sind. Er sehe einerseits den Bedarf an günstigem Wohnraum und andererseits die Gefahr einer Vergrößerung eines sozialen Brennpunktes. Er fragt nach der sozialen Komponente. Außerdem stellt er die Fragen, warum die Begrünung auf den Dächern extensiv und nicht intensiv vorgesehen sei und wo angesichts der geplanten Tiefgaragen Bäume angepflanzt werden können.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) signalisiert ebenfalls Zustimmungsbereitschaft.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) fragt nach, in welchem Zeitrahmen gebaut werde und ob der öffentlich geförderte Wohnraum pro Abschnitt prozentual festgelegt werden könne.

Frau Loh erläutert dazu, dass zur Erfüllung der vom Rat festgelegten 25 % - Quote eine vertragliche Regelung mit dem Investor getroffen werde, die die Gebäude mit dem öffentlich förderbaren Wohnraum konkret bezeichne. Ohne Vertragsunterschrift werde es nicht zu einem Satzungsbeschluss im Stadtentwicklungsausschuss und dem Rat kommen.

Frau Rosenträger erläutert, dass eine intensive Dachbegrünung nicht ausgeschlossen sei, aber nach den Festsetzungen mindestens extensiv

erfolgen müsse. Dies bedeute eine Verbesserung im Hinblick auf den Planungsstand vor Erlass der Veränderungssperre.

Zu der Frage von Baumanpflanzungen verweist Frau Loh auf den Grünflächenplan. Der Investor habe diesen von dem Landschaftsplanungsbüro erstellen lassen, welches schon den Siekerpark geplant habe.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über die Vorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

1. **Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB wird gemäß Vorlage Anlage A.1 (Ifd. Nrn. 1-7) gefolgt bzw. nicht gefolgt, der Einarbeitung in das Planverfahren wird zugestimmt.**
2. **Der Stellungnahme aus der Öffentlichkeit im Verfahren gemäß § 3 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 nicht gefolgt (Ifd. Nrn. 1).**
3. **Den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange im Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 gefolgt (Ifd. Nrn. 2, Stadtwerke Bielefeld; 3, moBiel GmbH; 4, Untere Landschaftsbehörde). Die verbleibende Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange mit allgemeinen Hinweisen wird zur Kenntnis genommen (Ifd. Nrn. 5, Untere Denkmalbehörde).**
4. **Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.3, Punkte A.3.1 bis A.3.11 beschlossen.**
5. **Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.**
6. **Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ wird gebilligt.**
7. **Der Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

## Zu Punkt 8 Schulwegsicherung Osningschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5883/2014-2020

Herr Kühn (Amt für Verkehr) erläutert die vorgelegte Planung. Ziel sei eine schulsichere Zuführung und die Bring- und Holdienste der Eltern an dieser Stelle möglichst zu unterbinden. Bereits im Vorfeld der geplanten Maßnahmen seien dazu zwei Elternhaltestellen an der Osningsstraße angelegt worden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) begrüßt die geplanten baulichen Veränderungen ausdrücklich.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer schlägt aufgrund der originären Zuständigkeit der Bezirksvertretung Stieghorst eine Abänderung des Beschlusstextes vor und lässt über die geänderte Vorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

### B e s c h l u s s:

**Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt den Umbau des vorhandenen kombinierten Geh- und Radweges im Bereich der Neuen Straße sowie den Bau eines Fußweges auf Hochbord im Wendebereich der Neuen Straße in der vorgesehenen Konzeption.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 8 \*

---

## Zu Punkt 9 Verkehrliche und wirtschaftliche Untersuchung von ÖPNV-Netzvarianten im Korridor Sieker/Stieghorst/Hillegossen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5941/2014-2020/1

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer fragt nach, ob ein Bericht von Herrn Kühn gewünscht sei.

Herr Mayregger (SPD-Fraktion) legt Wert darauf, dass die Untersuchung bezogen auf die ÖPNV-Erschließung des Korridors Sieker/Stieghorst/Hillegossen im Ergebnis eine Alternativendarstellung ent-

hält.

Herr Kühn antwortet, dass das Gutachten ergebnisoffen erstellt werde.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) teilt mit, dass er im Stadtentwicklungsausschuss angeregt habe, dass die Bezirksvertretung Stieghorst eingebunden werde. Da dies eine bezirkliche Angelegenheit sei, bitte er, dies auch im weiteren Verfahren zu beachten.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:**

**Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit der moBiel GmbH einen externen Gutachter mit der Durchführung einer verkehrlichen und wirtschaftlichen Untersuchung bezogen auf die ÖPNV-Erschließung des Korridors Sieker/Stieghorst/Hillegossen zu beauftragen.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 9 \*

---

## **Zu Punkt 10**

### **Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2018/2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6150/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Frau Busch-Viet vom Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-, die für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) fragt nach, inwieweit die frühkindliche Erziehungs- und Bildungsarbeit nach dem KiBiZ trotz einer möglichen Erhöhung der Regelgruppenplätze mit bis zu zwei Plätzen und einer damit einhergehenden Mehrbelastung für die Erzieherinnen und Erzieher gewährleistet sei.

Frau Busch-Viet stellt dazu fest, dass die Gruppengröße maximal 2 Kinder mehr betragen dürfe. Davon werde in Stieghorst nur zu einem Anteil von 2,3 % Gebrauch gemacht und auch nur dann, wenn dies in Abstimmung mit den Trägern und unter Berücksichtigung aller Umstände möglich erschienen sei. In Stieghorst habe es dafür auch keinen massiven Druck gegeben. Wenn dies erfolge, müsse dies personell machbar und pädagogisch vertretbar sein.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) sieht große Unterschiede bei den U 3-Plätzen. Sie fragt nach, ob diese nicht mehr nachgefragt werden oder

nicht angeboten werden könnten. Auffällig sei zudem ein sehr hoher Anteil in einzelnen Kindertageseinrichtungen.

Frau Busch-Viet erklärt, dass aufgrund der Gesetzeslage stadtweit U 3-Plätze zu schaffen gewesen seien. Dies sei in hohem Maße durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln gelungen, so dass zum Beispiel bauliche Erweiterungen möglich geworden seien. So wurden die Plätze in den Kindertageseinrichtungen stärker erhöht, die die Möglichkeit für entsprechende Maßnahmen geboten hätten. Im Übrigen spiegelten die Zahlen der einzelnen Stadtbezirke nicht den jeweiligen Bedarf wider. Teilweise würde dieser auch durch Tagespflegeplätze oder ein Pendeln der Eltern erfüllt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über die Vorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2018/2019 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2 fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2018 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:**

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Tagespflege
<b>I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Ein- schulung</b>	<b>Ia (25 Std.)</b>	197	1.256	3.316	
	<b>Ib (35 Std.)</b>	1.813			
	<b>Ic (45 Std.)</b>	2.562			
<b>II = Kinder im Alter von unter drei Jahren</b>	<b>IIa (25 Std.)</b>	10	10		
	<b>IIb (35 Std.)</b>	703	703		
	<b>IIc (45 Std.)</b>	1.032	1.032		
<b>III = Kinder im Alter von drei Jah- ren und älter</b>	<b>IIIa (25 Std.)</b>	430		430	
	<b>IIIb (35 Std.)</b>	2.825		2.825	

	IIIc (45 Std.)	3.048		3.048	
Summe		12.620	3.001	9.619	885

\*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (12.620 + 885 = 13.505) und der Gesamtzahl der Plätze (13.592) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 130 Plätze für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Kinder, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2017/2018 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2019 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2018 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 10 \*

-.-.-

## Zu Punkt 11

### Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung in Bielefeld-Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6197/2014-2020

Frau Busch-Viet weist zunächst darauf hin, dass die Vorlage zu TOP 10 bereits die neu zu bauende Kindertageseinrichtung an der Greifswalder Straße berücksichtige. Die Fläche solle nach dem politischen Beschluss an die Firma Lorenz verkauft werden, die dann eine viergruppige Kindertageseinrichtung bauen werde. Damit der künftige Betreiber frühzeitig mit dem Investor in Kontakt treten kann, sei bereits früh das Interessenbekundungsverfahren eingeleitet worden. Bis Fristende gab es drei Bewerbungen, von dem AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e. V., der DRK Kinder-, Jugend- und Familiendienste in OWL gGmbH (KiJuFa) und dem SKM -Katholischer Verein für Soziale Dienste in Bielefeld e. V. (SKM). Es handele sich allesamt um freie Träger, die bereits in Bielefeld etabliert seien, andere Einrichtungen betreiben und aus Sicht der Verwaltung geeignet seien.

Frau Busch-Viet erläutert, dass die der Vorlage beigefügte Kostenübersicht noch für drei Gruppen berechnet worden sei. Auf Wunsch könne eine entsprechende Übersicht für vier Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) führt aus, dass seine Fraktion sich die vorgelegten Konzepte der Bewerber genauer angeschaut habe. Sie würden dem SKM den Vorzug geben, der schon eine Kindertageseinrichtung in Stieghorst betreibe. Er fragt nach, wie der Differenzbetrag in Höhe von 10.000 Euro in der Finanzierungsübersicht zwischen der AWO und den anderen Bewerbern zustande komme.

Frau Busch-Viet erläutert, dass der Betrag in der Subventionierung der Trägeranteile entstehe; die AWO bringe noch einen kleinen Anteil von 2,05 % selbst auf.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier spricht sich ebenfalls für eine Vergabe an den SKM aus.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

1. **Die BV Stieghorst empfiehlt dem JHA, die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung dem SKM - Katholischer Verein für Soziale Dienste in Bielefeld e. V. - zu übertragen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe -Landesjugendamt- als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen.**
3. **Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Maßnahmenrealisierung sind von der Verwaltung im Haushaltsplanentwurf 2019 einzustellen.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 11 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 12**

### **Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2018/19**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5961/2014-2020

Herr Skarabis verweist ergänzend zu der Beschlussvorlage auf die vor der Sitzung verteilte Übersicht zu den Anmeldezahlen zum Schuljahr

2018/2019 zum Stichtag 15.02.2018.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

- 1.) **Gem. § 46 Abs. 3 S. 3 SchulG NRW wird an Grundschulen, an denen auch Sprachfördergruppen (ehem. Auffang- und Vorbereitungsklassen (AVK) bzw. Internationale Klassen) geführt werden, die Zahl der Kinder in den Eingangsklassen wie im Vorjahr auf 25 Schülerinnen und Schüler begrenzt.**
- 2.) **Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2018/19 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 festgelegt.**
- 3.) **Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.**
- 4.) **Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 12 \*

-.-.-

**Zu Punkt 13**

**Kulturprogramm 2018 für den Stadtbezirk Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6164/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet Herrn Skarabis den Vorschlag zum künftigen Verfahren kurz zu skizzieren.

Herr Skarabis führt aus, dass die Vorlage zum diesjährigen Kulturprogramm erstmalig durch das Bezirksamt Heepen erstellt worden sei. Bisher sei dies Aufgabe des Kulturamtes gewesen. Das Verfahren sei unverändert fortgeführt worden, so dass ein entsprechender Programmvorschlag nach Kontaktaufnahme mit dem Freizeitzentrum Stieghorst und dem Eva-Gahbler-Haus erstellt worden sei. Das Budget betrage 1.931 Euro für Kultur; dieser Betrag sei als Förderung aufzuteilen. Da die genauen Kosten erst nach den Veranstaltungen festständen, könnten die genauen Förderanteile erst dann festgelegt werden.

Herr Skarabis weist in diesem Zusammenhang auf die Verfahrensrichtlinien über die Gewährung von Zuschüssen aus Haushaltsmitteln der

Stadt Bielefeld hin. Danach sei es u. a. erforderlich, dass ein Antrag auf Förderung gestellt und eine Finanzierungsübersicht eingereicht werden müsse. Dies gelte auch für die Mittel für das Kulturprogramm.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung stimmt dem Programmvorschlag laut Anlage zu und beschließt, die genannten Veranstaltungen im Freizeitzentrum Stieghorst und im Eva-Gahbler-Haus zu fördern.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 13 \*

---

**Zu Punkt 14**

**Abbruch des Gebäudes Flensburger Str. 38 e, 33605 Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5940/2014-2020

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) drückt sein Bedauern über den Abbruch aus und fragt nach, ob vor Abbruch noch Bilder gemacht werden.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt mit, dass vor Abbruch eines Gebäudes Aufnahmen vom Bauamt veranlasst werden, die dann archiviert würden. Er stellt fest, dass das Gebäude nicht von so hohem Interesse gewesen sei, dass es unbedingt erhalten werden müsste.

Herr Burauen legt seine gegenteilige Meinung dazu dar.

Auch Herr Mayregger (SPD-Fraktion) bedauert den Abriss des Gebäudes.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 14 \*

---

**Zu Punkt 15**     **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

\* BV Stieghorst - 22.02.2018 - öffentlich - TOP 15 \*

-.-.-

---

Reinhard Schäffer  
Bezirksbürgermeister

---

Anke Machnik  
Schriftführerin